

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss

15. November 2021

Stellungnahme des Kollektiv – afrodeutscher Frauen e.V. zum Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 19/2641) sowie zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD (Umdruck 19/5915) „Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus sein“

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Möglichkeit einer Stellungnahme zu den Anträgen der SPD-Fraktion zum Thema „Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus sein“ bedanken wir uns sehr herzlich.

Wir, das Kollektiv – afrodeutscher Frauen e. V. (kurz: Koa), treten für die Belange Schwarzer Frauen und Mädchen in Schleswig-Holstein ein, indem wir vor allem deren Empowerment fördern, also die Selbstbestimmung, Selbstorganisation und das Selbstbewusstsein Schwarzer Frauen und Mädchen stärken. Darüber hinaus wollen wir durch unsere Initiative mehr Schwarzes Leben in Schleswig-Holstein sichtbar machen. Inspiriert von bestehenden Schwarzen Initiativen wie EOTO (each one teach one) und der ISD (Initiative Schwarzer Deutscher) besteht unser Kernanliegen neben der Vernetzung darin, politische und antirassistische Bildungsarbeit nach außen zu leisten.

Wir freuen uns, dass der Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags mit der Anhörung des Kollektivs – afrodeutscher Frauen Menschen befragt, für die Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei und im öffentlichen Dienst eine alltägliche Realität darstellt. Als von Rassismus betroffene Personen leisten wir gerne unseren Beitrag zu dem angestrebten Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus und nehmen wie folgt Stellung:

Das Kollektiv – afrodeutscher Frauen begrüßt den Koalitionsantrag „Polizei gegen Rassismus und Rechtsextremismus stärken“ (Drucksache 19/2630), in dem eine Untersuchung des Arbeitsalltags, des Werteverständnisses und der Widerstandsfähigkeit der Polizei gegen menschenverachtende Verhaltensweisen gefordert wird. Das Bewusstsein darüber, dass Polizeibeamt*innen eine gesellschaftliche Vorbildfunktion haben, hohen Respekt genießen und Inhaber*innen des staatlichen Gewaltmonopols

mit sehr umfangreichen Befugnissen sind, sehen wir als essentielle Grundlage für diesen Diskurs. Als Kollektiv – afrodeutscher Frauen betonen wir diese Sonderstellung der Polizei im Vergleich zu anderen Berufsgruppen der Exekutive.

Insbesondere aus Betroffenenperspektive weisen wir eindringlich darauf hin, dass rassistische, menschenverachtende und rechtsextreme Gesinnungen von Polizeibeamt*innen schwerwiegende bis hin zu tödlichen Folgen für die Personen haben können, die mit entsprechend rechtswidrigen Polizeimaßnahmen oder Polizeigewalt konfrontiert werden. Wir sehen uns in dieser Thematik über die Interessen und Belange Schwarzer Frauen und Mädchen hinaus als Vertreterinnen aller in Schleswig-Holstein lebender Schwarzer Personen und People of Color und unterstreichen die besonders starke Betroffenheit männlicher bzw. männlich gelesener Personen in diesem Kontext.

Das Sicherheitsorgan der Polizei hat die Aufgabe, Kriminalität präventiv zu bekämpfen, repressiv zu verfolgen und dafür Sorge zu tragen, dass sich die gesamte Bevölkerung und damit alle Menschen im deutschen Bundesgebiet sicher fühlen und sicher sind. Für marginalisierte Gruppen wie Schwarze Menschen und People of Color wird diese Sicherheit oftmals nicht gewährleistet. Verletzt eine Polizistin oder ein Polizist die ihm obliegenden Kernpflichten, müssen angemessene Konsequenzen bis hin zur Dienstentfernung folgen. Nachgewiesene Fälle von Polizeikräften mit Verbindungen zum Rechtsextremismus, rechtswidrige polizeiliche Praxen wie Racial Profiling oder ungeklärte Todesfälle in Polizeigewahrsam, zu denen unter anderem der Fall Oury Jalloh zählt, sollten die Verantwortlichen alarmieren. Auch sollten sie das Bedürfnis hervorrufen, die jeweiligen Umstände und die diese Umstände begünstigenden Strukturen zu untersuchen.

Die Polizei ist als Inhaberin des staatlichen Gewaltmonopols mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet. Sie unter den Generalverdacht rechtswidrigen Handelns zu stellen, ist nicht Ziel des Diskurses – vielmehr rechtfertigt es die herausragende Stellung der Polizei, sie unter besondere Beobachtung zu stellen. Zu diesem Zwecke sollte das Werteverständnis der Polizeikräfte, die Arbeitsweise im beruflichen Alltag sowie unzureichendes Wissen in Bezug auf internalisierte Rassismen im Wege einer unabhängigen Studie innerhalb der Polizei untersucht werden.

Die besondere Dringlichkeit einer verschärften Überprüfung von rassistischen und rechtsextremen Gesinnungen innerhalb der Polizei bedeutet im Umkehrschluss allerdings nicht, dass nur in diesem Teil des öffentlichen Dienstes eine Untersuchung notwendig ist. Das Kollektiv – afrodeutscher Frauen unterstützt die Forderung im Alternativantrag der SPD-Fraktion dahingehend, dass der öffentliche Dienst Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus sein muss.

Über vier Millionen Menschen sind im öffentlichen Dienst für Deutschland beschäftigt, davon ca. 3,4 Millionen außerhalb der Sicherheits- und Ordnungskräfte. Sie bilden einen Querschnitt der Gesellschaft. Behauptungen, dass innerhalb von Behörden darauf vertraut werden kann, dass die überwiegende Mehrheit professionell agiere und wertorientiert sei und nur wenige Ausnahmen – sogenannte Einzelfälle – existierten, bewerten wir als unzureichend. Ein System, welches unter Nichtberücksichtigung von marginalisierten Gruppen aufgebaut wurde und sich mit systemisch gewachsenem Rassismus bisher nicht auseinandergesetzt hat, kann nicht angeben, frei von Rassismus zu sein. Das im öffentlichen Dienst durch unsere Staatsorganisation bedingte hierarchische Verhältnis zwischen Bürger*innen und dem Staat ist objektiv betrachtet eine notwendige Säule unserer Demokratie. Sie begünstigt aber stets auch die Erhaltung menschengemachter, rassistisch geprägter Machtstrukturen.

Wir sprechen uns für eine Untersuchung des Werteverständnisses der Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst aus und begrüßen die im Antrag der SPD-Fraktion vorgeschlagene Beauftragung einer unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtung zur Durchführung dieser Untersuchung. Wir betonen jedoch, dass, um repräsentative Ergebnisse zu erzielen, die Ziele und Fragestellungen einer solchen Untersuchung konkretisiert werden müssen.

Als Vertreterin von Schwarzen Menschen und People of Color plädiert das Kollektiv – afrodeutscher Frauen dafür, zwei separate und voneinander unabhängige Untersuchungen vorzunehmen, namentlich:

Rassistischen und rechtsextremistischen Strukturen innerhalb der Polizei

Rassistische und rechtsextremistische Strukturen im öffentlichen Dienst

Für Rückfragen während der Anhörung und im weiteren Verfahren stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Nathalie Zavazava

Lara Engelhardt

Mariam Touré

Marissa Zavazava

für das Kollektiv – afrodeutscher Frauen e.V.